

Spuren nach Wien

Deutsche Neonazis sollen am Überfall eines Terrorkommandos auf die Olympischen Spiele in München 1972 beteiligt gewesen sein. Neue Dokumente lassen vermuten, dass auch rechte Hintermänner aus Österreich aktiv waren.

VON THOMAS RIEGLER

Die Staatspolizisten staunten nicht schlecht. Die Hausdurchsuchung bei dem unter Terrorverdacht stehenden Wiener Rechtsextremisten im Februar 1973 förderte Material zutage, das auf den ersten Blick nicht ins klassische Schema passte. Da lag eine umfangreiche Sammlung von Zeitungsausschnitten zu „palästinensischen Gewaltakten“ vor ihnen, Propagandamaterial der PLO aus dem libanesischen Beirut. Die Plakate, Druckschriften und Broschüren hatte sich der damals 33-jährige Gerhard B. auf ein Postfach der Filiale am Wiener Fleischmarkt schicken lassen. Den Beamten besonders ins Auge stachen aber ein Münchner Stadtplan mit zwei Markierungen sowie eine Postkarte aus dem Hofbräuhaus. Darauf stand kryptisch: „Warten vergeblich auf Dich, Heil Dir.“ Die Erklärung des Mannes: Er sei während der letzten beiden Tage der Olympischen Spiele im September 1972 in München gewesen, ein vereinbarter Termin mit Bekannten sei leider nicht zustande gekommen.

Vierzig Jahre später lesen sich die Akten der damaligen Hausdurchsuchung – sie liegen profil vor – freilich ganz anders, vor allem seit das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ vorvergangene Woche von der Beteiligung deutscher Neonazis am Münchner Olympia-Massaker berichtete.

Ein Kommando des „Schwarzen September“ hatte in den frühen Morgenstunden zugeschlagen: Am 5. September 1972 überfielen acht schwer bewaffnete „Fedajin“ (Märtyrer) das Quartier der israelischen Mannschaft im olympischen Dorf und nahmen elf Geiseln. Zwei der Sportler wurden im Handgemenge ermordet. Die laxen Sicherheitsbestimmungen der „heiteren Spiele“ hatten es den Palästinensern leicht gemacht. Spätabends scheiterte ein

dilettantischer Befreiungsversuch der bayrischen Polizei: Am Ende der stundenlangen, chaotischen Schießerei waren neun Geiseln, fünf Terroristen und ein Polizist tot.

Die Tragödie von München ist auch nach 40 Jahren unvergessen und führt immer wieder zu heftigen Kontroversen. Wie „Der Spiegel“ berichtete, hatten zwei deutsche Neonazis den Palästinensern bei der Vorbereitung des Anschlags geholfen: Willi Pohl und Wolfgang Abramowski, Kameraden der „Nationalsozialistischen Kampfgruppe Großdeutschland“. Sie chauffierten den Drahtzieher, Abu Daoud, quer durch die BRD, transportierten Waffen und fälschten Pässe. Der gemeinsame Kampf gegen den „Zionismus“ einte Rechtsextremisten und die eigentlich linksgerichteten Palästinenser. Der Neonazi Pohl soll während der Olympischen Spiele auch in Österreich gewesen sein, „um dort etwas für die Palästinenser zu erledigen“. Laut seiner 1979 erschienenen Erinnerungen ging es um die Abhaltung einer „Informationskonferenz“ in Wien: „Zum einen, weil es in einem deutschsprachigen Land liegt, zum anderen, weil Österreich als neutrales Land gehalten war, friedliche Konferenzen zu dulden, auch wenn im Nachbarland eine Operation ab lief.“ In Wien sei dann aber „eigentlich alles“ schiefgelaufen. Pohl blieb zwölf Tage, ehe er nach Beirut flog. Könnte es sein, dass er in Wien auch Gesinnungsgenossen traf? Denn auch hierzulande unterhielten Rechtsradikale enge Verbindungen zu palästinensischen Terroristen.

Einer von ihnen war der eingangs erwähnte Gerhard B. Der Anhänger von Norbert Burgers Nationaldemokratischer Partei (NDP) war eine vielschichtige Persönlichkeit. Der Sohn eines britischen Besatzungssoldaten hatte einige Jahre im libyschen Benghazi gearbeitet – bei BP und einer Handels- und Transportfirma. Infolge des Sechstagekriegs zwischen Israel und arabischen Staaten (1967) verlor B. seine Anstellung und musste das Land verlassen. Zurück in Wien, gründete er eine Import-Export-Firma, die geschäft-

Der Drahtzieher

Abu Daoud war Mastermind des Olympia-Anschlags 1972. Bei einem PLO-Kongress erzählte er später profil aus seinem Leben.

Er überlebte nach eigenen Angaben mehr als sieben Mordanschläge israelischer Agenten. Der Palästinenser Mohammed Daoud Odeh, Kampfname Abu Daoud, war einer der Drahtzieher des Anschlags auf die Olympischen Spiele 1972 in München.

Im Februar 1983 nahm der Gründer der Terrorbewegung „Schwarzer September“ als Abgeordneter der Fatah-Partei von PLO-Chef Jassir Arafat am Kongress des Palästinensischen Parlaments in Algier teil. Dort gab der 1937 in Jerusalem geborene Lehrer profil ein ausführliches Interview. Eine direkte Beteiligung an der Geiselnahme in München bestritt er, aber er sei bereit, sich einem „fairen Gerichtsverfahren“ in Deutschland zu stellen, so der PLO-Funktionär im biedereren Karo-Sakko. Doch dazu sollte es nie kommen.

„Ich verstehe nicht, dass man sich nach so vielen Jahren noch immer über die zwölf Toten in München aufregt, aber den Tod von Tausenden Zivilisten im Libanon durch Israelis verdrängt“, meinte er in Anspielung auf die 1982 unter Aufsicht der israelischen Armee von libanesischen Milizen verübten Massaker im Palästinenserlager von Sabra und Shatila in Beirut. Zur Vergeltung kündete er „militärische Kommandoaktionen“ in Israel an.

lich „nicht sehr erfolgreich“ war. Außer dem engagierte sich B. politisch und gab die Druckschrift „Umwelt“ heraus. In einem Entwurf mit dem Titel „Programm der Umwelt“ vermerkte B.: „Aufstellung eines schlagkräftigen Partisanenheers nach nordvietnamesischem und chinesischem Muster.“ Dies sei aber nur eine „Anregung“ gewesen, um die Vorteile des Partisanenkampfs gegenüber konventioneller Kriegsführung darzustellen.



ABU DAOUD, 1977 in Kairo. Der PLO-Funktionär wollte sich der deutschen Justiz stellen

Selber entkam Daoud den Killerkommandos des israelischen Geheimdienstes Mossad, die in einer weltweiten Jagd die meisten Beteiligten des Olympia-Anschlags töteten. 1977 hatte ihn die Polizei in Frankreich verhaftet, doch die Behörden ignorierten ein deutsches Auslieferungsgesuch und schoben ihn nach Algerien ab.

Später pflegte Daoud Kontakte zu Geheimdiensten von KP-Regimen in Mittel- und Osteuropa. 1981 feuerte ein Attentäter im Warschauer Luxushotel Victoria mehrmals aus nächster Nähe auf Daoud, der schwer verletzt überlebte. „Damals waren unruhige Zeiten in Polen, und Leute vom Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) haben mich an den Mossad verraten“, beschuldigte Daoud im profil-Gespräch die Berater der Gewerkschaft Soli-

darnosc. Stolz zeigte er seine Narben im Gesicht und an den Händen. „Ich saß im Kaffeehaus des Hotels, da feuerte ein Mann eine Kugel auf mich. Sie traf meine linke Hand. Ich sprang auf ihn zu, da schoss er ein zweites Mal und traf meinen Kiefer. Fünf weitere Kugeln trafen meinen Körper. Ich lief ihm noch bis in die Rezeption nach, aber konnte ihn nicht erwischen. Dann verbrachte ich zwei Wochen im Spital.“

Wegen der Ausführung des Attentats gab es Zweifel an der Täterschaft des Mossad. Daoud könnte auch von einem Killer des Arafat-Feindes Abu Nidal niedergestreckt worden sein, hieß es. Nach dem ersten Osloer Friedensabkommen setzte 1996 auch Daoud auf Verhandlungen mit Israel. So bekam er die Erlaubnis, aus Jordanien zu einem Treffen der PLO im Gazastreifen durch Israel zu reisen.

Später gab er in seiner Autobiografie zu, er habe die Anschläge in München geplant und dies auch nie bereut. Eine Tötung der Geiseln sei aber nicht geplant gewesen.

Wegen des Einreiseverbots in die palästinensischen Autonomiegebiete lebte er fortan in der syrischen Hauptstadt Damaskus. Dort starb er 2010 an Nierenversagen und hinterließ eine Frau und fünf Kinder.

OTMAR LAHODYNSKY

ERBERT COLLECTION / PICTURESK.COM



„SCHWARZER SEPTEMBER“-TERRORIST IN MÜNCHEN (AM FENSTER)
Neonazis halfen bei der Vorbereitung des Anschlags



EXPLODIERTER HUBSCHRAUBER AM MÜNCHNER FLUGHAFEN
Die Sicherheitsmaßnahmen bei den „heiteren Spielen“ waren viel zu lax



JUSTIZMINISTER CHRISTIAN BRODA (SPÖ)
Maßnahmen gegen arabische Studenten in Wien abgelehnt

1971/72 nur 574 ordentliche Hörer aus arabischen Ländern an den Universitäten registriert waren, kamen Sicherheitsbedenken auf. In der BRD kam es infolge des Attentats innerhalb kürzester Zeit zur Ausweisung von Tausenden Arabern. In Österreich machte Justizminister Christian Broda seine Ablehnung einer solchen Präventivmaßnahme deutlich. Das „geistige Klima“ und die „innere Sicherheit“ seien wichtiger als konkrete polizeiliche Vorsichtsmaßnahmen, die auch „überdreht“ werden könnten. Es gab allerdings auch Druck in die Gegenrichtung: Am 8. September 1972 sprach der israelische Botschafter Yitzhak Patish vor.

Man möge erwägen, ob die derzeitige „liberale“ Haltung gegenüber den hier lebenden arabischen Studenten und deren Aktivitäten „nicht zugunsten einer härteren Vorgangsweise revidiert werden sollte“. Eine Woche später legte Patish nach: Man wäre in Israel „überrascht“ gewesen, „dass von österreichischer Seite spontan erklärt worden sei, dass man nicht daran denke, die Visapflicht für die arabischen Studenten wieder einzuführen“. Dies stelle eine „Einladung zu einer Benützung österreichischen Territoriums für die Vorbereitung von Terrorakten dar“. Patish wurde entgegnet, dass ohnehin nur tunesische und marokkanische Studenten visumfrei einreisen dürften. Man unterstütze die Maßnahmen gegen den Terror, aber diese dürften nicht zu einer „antiarabischen Kampagne“ verwendet werden.

Ähnlich abwägend reagierte Österreich auf einen US-amerikanischen Vorstoß: Am 14. September 1972 wurde ein „Non Paper“, also ein inoffizielles Arbeitsdokument, übergeben. Dieses zielte darauf ab, „die Unterstützung Österreichs für den amerikanischen Standpunkt hinsichtlich des Terrorismus zu gewinnen“. Außerdem wollte man die Regierung zu einer Verurteilung des palästinensischen Terrors bewegen. Kreisky verfügte, in Hinblick auf bevorstehende Gespräche in Washington von einer Antwort abzusehen. Nur wenige Monate später war Österreich selbst zum ersten Mal direkt mit dem Nahostterror konfrontiert, als ein Kommando einen Zug mit jüdischen Auswanderern aus der Sowjetunion überfiel. ■

tete, ging es darum, eine Operation des „Schwarzen September“ zu unterstützen: einen Überfall auf das Lager für jüdische Auswanderer in Schönau. Die Aktion konnte Anfang 1973 noch rechtzeitig verhindert werden. Ein Gerichtsverfahren gegen B. in dieser Causa wurde eingestellt. Dass er darüber hinaus auf irgendeine Art und Weise am Münchner Olympia-Attentat beteiligt gewesen sein könnte, bleibt Spekulation.

Der Anschlag auf die israelischen Sportler bedeutete damals einen brutalen Einschnitt. Am Vorabend hatte noch ganz Österreich auf Olympiagold gehofft: Mit Leichtathletin Ilona Gusenbauer war eine der besten Hochspringerinnen der Welt am Start. Doch im Finalwettkampf vor 80.000 Zuschauern, darunter auch Bundeskanzler Bruno Kreisky, unterlag die Favoritin überraschend der erst 16-jährigen Deutschen Ulrike Meyfarth. Wenige Stunden später war es mit den „heiteren Spielen“ vorbei.

Während auf die Geiseln Kalaschnikows gerichtet waren, tagte in Wien am Vormittag zufällig der Ministerrat. Offenbar hatte man zu diesem Zeitpunkt noch keine Informationen über die Ereignisse. Nur eingangs berichtete Kreisky von seiner Kurzvisite und meinte, dass sich die österreichischen Sportler „recht gut geschlagen haben“. Durch die Olympischen Spiele sei München zu einer der modernsten und schönsten Städte der Welt geworden. Wenn die Debatte anstehe, ob sich Österreich um die Durchführung eines ähnlichen Ereignisses bewerben solle, müsse man diese „Folgeerscheinungen“

bedenken, heißt es in dem Protokoll, das profil jetzt einsehen konnte.

Schon wenig später beherrschte das Münchner Terrordrama auch die politische Szene in Österreich. Am Tag nach dem Anschlag wurde die Überwachung israelischer und arabischer Botschaften, von Fluggesellschaften und der Israelitischen Kultusgemeinde angeordnet. Auch die Bewachung der Lager jüdischer Auswanderer in Schönau wurde verstärkt. Das „erhöhte Augenmerk“ zahlte sich aus: Am 20. September 1972 wurden fünf Briefbomben entschärft, die an die israelische Botschaft adressiert waren.

Die Staatspolizei beobachtete vor allem Treffpunkte und Unterkünfte von „hieramts bekannten Arabern und speziell Palästinensern“. Diese hätten sich generell „sehr ängstlich“ gezeigt – so hätten sich am Folgetag der Geiselnahme „nur sehr wenige“ arabische Zeitungskolportiere auf den Straßen Wiens blicken lassen. „Allgemein gesagt, haben die Araber große Angst, dass jetzt die Israelis zurückschlagen werden oder dass Personen aufgrund eines anderen fremdländischen Auftrags Aktionen gegen die Araber durchführen werden“, heißt es in einem Bericht der Staatspolizei. Immer wieder wurde den Arabern klargemacht, „dass sie nie ohne Überwachung sind, dass sie bei eventuellen Vorfällen mit fremdenpolizeilichen Maßnahmen zu rechnen hätten und dass sie sich an die in Österreich geltenden Gesetze und Bestimmungen halten müssen“.

Damals lebten mehr als 2000 Araber in Österreich, die Hälfte davon Ägypter. Da sich viele als Studenten ausgaben, aber